



Armut verhindert Anpassung an den Klimawandel

Caritas zum Umgang mit den
Folgen der Klimaerwärmung im Sahel

Klimawandel im Sahel

In Kürze: Im Herbst 2013 erschien der Fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC. Er bestätigt die bisherigen Erkenntnisse des Klimawandels, macht aber deutlich, dass die Auswirkungen rascher spürbar sein werden als bisher angenommen. Die Bevölkerung in besonders sensiblen Regionen wie dem Sahel wird verstärkt extremen Wetterereignissen ausgesetzt sein. Doch die Sahelländer gehören zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern weltweit. Es ist diese Armut, welche einer erfolgreichen Anpassungsstrategie an die unweigerlichen Veränderungen im Wege steht. Menschen in extremer Armut sind nicht in der Lage, ihre Resilienz nachhaltig zu steigern, mit klimatischen Veränderungen umzugehen, die Auswirkungen von Katastrophen zu mindern und Krisensituationen selbständig zu überwinden.

Deshalb ist die Überwindung von Armut der erste und wichtigste Schritt, den Folgen des Klimawandels erfolgreich zu begegnen. Viele Sahelländer verfügen über erhebliche Ressourcen, doch fruchtbares Land wird an internationale Investoren für exportorientierte Agroindustrie verschert, Einkommen aus der Ausbeutung von Rohstoffen wie Erdöl fliessen in die Taschen weniger, politische Konflikte verhindern eine Verbesserung der Lebensumstände der Zivilbevölkerung.

Dennoch gibt es auf lokaler Ebene erfolgversprechende Initiativen, die Ernährungssicherheit und Armutsreduktion wirkungsvoll anzugehen und sich gleichzeitig den klimabedingten Veränderungen anzupassen. Caritas Schweiz zeigt im vorliegenden Positionspapier auf, welche Aktivitäten sie in dieser Hinsicht in enger Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung entfaltet. Anschliessend benennt Caritas relevante Handlungsfelder für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, um den strukturellen Ursachen der humanitären Krisen nach Dürren und Überschwemmungen zu begegnen.

Im Herbst 2013 ist der Fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) erschienen. Er bestätigt die Ergebnisse des vorherigen Berichts von 2007, wonach die Erwärmung des Klimasystems unwiderruflich fortschreitet. Zahlreiche natürliche Systeme sind von regionalen Klimaänderungen, insbesondere von Temperaturerhöhungen, betroffen. Der neue IPCC-Bericht macht deutlich, dass die Auswirkungen des Klimawandels schneller spürbar sein werden, als bisher angenommen wurde. Das Ziel einer maximalen Erhöhung der globalen Mitteltemperatur auf 2 Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung ist in Frage gestellt. Dafür dürften kumuliert höchstens 1000 Milliarden Tonnen CO₂ aus fossilen Quellen wie Kohle, Erdöl, Gas und Holz in die Atmosphäre gelangen. Die Hälfte dieses «Budgets» ist bereits verbraucht. Zudem wird der Meeresspiegel den IPCC-Prognosen zufolge höher ansteigen als bisher angenommen, nämlich um 26 bis 81 Zentimeter bis Ende dieses Jahrhunderts.

Die genauen Folgen der Veränderungen von Klimazonen, Jahreszeiten und Wasserhaushalt für Wirtschaft und Bevölkerung sind nur schwer voraussagbar. Unbestreitbar aber stellt der Klimawandel eine globale Herausforderung für Existenzsicherung, Wohlstand und Entwicklung dar. Gängige Muster gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicherheit sind in Frage gestellt. Dabei sind die Entwicklungsländer von den Folgen wie Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürme oder Anstieg des Meeresspiegels besonders betroffen. Dazu kommen Folgen, die nicht immer sofort erkennbar sind: Konflikte um knappe Wasservorräte, Verlust der Lebensgrundlagen, Migration.

Eine jener Regionen, die besonders schwer an den Auswirkungen der Klimaerwärmung tragen, ist der Sahel, die langgestreckte semiaride Übergangszone zwischen dem Wüstengebiet der Sahara und der Trocken- beziehungsweise Feuchtsavanne im Süden. Der Sahel hat eine spärliche Vegetation, er besteht hauptsächlich aus Dornensavannen. Die (teilweise) in der Sahelzone liegenden Staaten gehören zu den ärmsten Ländern der Welt: Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Tschad, Niger, Sudan, Äthiopien und Eritrea. Der Sahel zieht sich vom Atlantik bis zum Roten Meer hin. Dennoch ist häufig nur der westliche Teil gemeint, wenn vom Sahel die Rede ist: Sudan, Äthiopien und Eritrea sind meistens nicht im Fokus.

Das Klima im Norden des Sahels ist trocken-heiss, im Süden teilweise feucht-heiss. Entsprechend unterschiedlich sind die Niederschlagsmengen: Der Norden hat mit jahresdurchschnittlich 20 mm fast keinen Niederschlag, die Dornensavanne der mittleren Region hat pro Jahr maximal 100 mm, während die Trockensavanne des südlichen Sahel ein zwei- bis viermonatige Monsunzeit von Ende Juni bis September mit durchschnittlich maximal 500 mm Niederschlag kennt. Entscheidend für die Regenmenge ist der Temperaturgegensatz zwischen Kontinent und Ozean. Ist dieser Gegensatz relativ gering, ist auch der Luftdruckgegensatz gering und der Sommermonsun schwach. Bei

2012 waren weit mehr als 10 Millionen Menschen im westlichen Sahel von einer Hungersnot betroffen.

stärkerem Temperaturgegensatz dringt der wasserdampfgesättigte Monsun weit ins Landesinnere vor und bringt der südlichen Sahelzone grössere Regenmengen.

Seit geraumer Zeit nehmen die Wetterextreme deutlich zu. Dürren und Überschwemmungen treten lokal und regional sehr unterschiedlich in Häufigkeit und Ausmass auf. Ausgedörrte, trockene Böden lassen Regenfälle schnell und oberflächlich abfliessen. Durch Überflutungen erodierte Regionen sind anfälliger für Trockenperioden. Es kommt periodisch zu Ernteaussfällen und in der Folge zu huma-

nitären Katastrophen: Im Sommer 2006 vernichteten in Niger die Dürre und eine Heuschreckenplage mehr als die Hälfte der Ernte. Im September 2009 waren am Horn von Afrika Millionen Menschen wegen der Dürre

auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, während gleichzeitig im Westsahel 600 000 Menschen Opfer von Überschwemmungen wurden. 2012 waren weit mehr als 10 Millionen Menschen im westlichen Sahel von einer Hungersnot betroffen. Im Juni 2013 verwies die EU darauf, dass es «in der gesamten Sahelzone zu einer schweren Ernährungs- und Ernährungskrise kommen wird» und über vier Millionen Kinder von akuter Unterernährung bedroht seien. Ohne schnelle Anpassungsleistungen wird sich die Wüste in schnellen Schritten weiter ausbreiten, wird sich gesellschaftliches Leben in weiten Teilen des Sahel grundlegend verändern.



Sahelzone: Afrikas trockener Gürtel

Die «Sahel-Dürre»: Seit den 1960er Jahren ist über Afrika ein deutlicher Erwärmungstrend festzustellen. In den 1970er und 80er Jahren erfuhr der Sahel eine gigantische Dürreperiode, es war die grösste Ausbreitung wüstenartiger Verhältnisse, die die Menschheit in den letzten 100 Jahren erlebt hatte. Unmittelbare Ursache dieser «Sahel-Dürre» war eine extreme Abnahme der Niederschläge: Gegenüber der Periode 1931 bis 1960 ging der mittlere Niederschlag der Sahelzone zwischen 1970 und 1990 um fast 50 Prozent zurück. Seit den 1990er Jahren fielen in manchen Jahren zwar wieder überdurchschnittlich viele Niederschläge, ohne dass sich aber ein neuer Trend abzeichnet und die Dürreverhältnisse beendet wären. Die Sahel-Dürre lag nach heutigen Erkenntnissen primär in klimatischen Veränderungen begründet. Hingegen spielten Überweidungen und übermässige Holznutzung keine ursächliche Rolle.

Der östliche Sahel wird seit Jahren von ausgeprägten Dürren heimgesucht. Die Trockenheit 2012 war schon ein Jahr zuvor vom UN-Welternährungsprogramm angekündigt worden. Experten wiesen darauf hin, dass der Regen in Somalia und Äthiopien ausbleiben werde. La Niña – die «kleine Schwester» des berühmteren El Niño in Zentral-

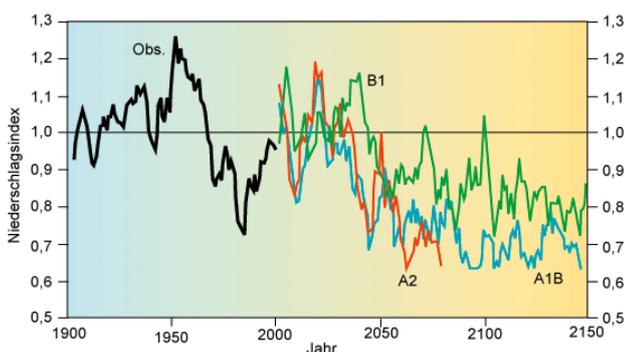
amerika – spielte mit ihren Passatwinden derart verrückt, dass die herbstliche Regenzeit in Ostafrika weitgehend ausblieb, während Teile Australiens in Regenfluten versanken. La Niña ist ein altes Phänomen. Doch die Klimaerwärmung trägt dazu bei, dass daraus lang anhaltende Perioden der Trockenheit werden, welche die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen und in Flüchtlingslagern

Unterkunft und Nahrung zu suchen, sofern nicht Schutz- und Anpassungsmassnahmen getroffen werden.

Allerdings sind die langfristigen Modellberechnungen zum Klimawandel im Sahel nicht eindeutig. Nach heutigem Wissensstand erwärmen sich die Kontinente stärker als die Ozeane, was den Temperaturgegensatz zwischen Land und Meer und damit den Monsun langfristig verstärkt. Gemäss Modellberechnungen könnte dies dem Sahel bis 2080 um 25 bis 50 Prozent höhere Niederschläge bringen. Erfolgreiche Anpassungsmassnahmen im Management der grossen Wassermengen vorausgesetzt, würde sich damit dem südlichen Sahel in den kommenden Jahrzehnten die Chance einer weitreichenden Begrünung eröffnen. Neuere Satellitenbilder zeigen zudem, dass sich ausgedehnte Flächen der Sahelregion wieder begrünt haben.

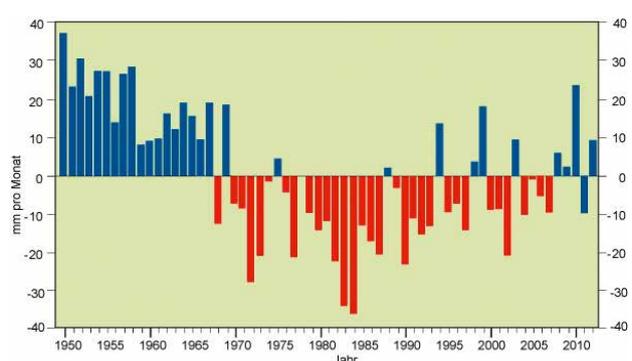
Seit den 1960er Jahren ist über Afrika ein deutlicher Erwärmungstrend festzustellen.

Niederschlag im Sahel: beobachtet (schwarz) bzw. prognostiziert gemäss verschiedenen Szenarien des Weltklimarats 2007



Quelle: bildungsserver.hamburg.de

Niederschläge im Juni bis Oktober im Sahel 1950 bis 2010: Abweichung vom Mittel in Millimeter pro Monat



Quelle: JISAO

Armut im Sahel

Die Bevölkerung des Sahels ist regelmässig von humanitären Krisen betroffen. Dies aber alleine mit der klimawandelbedingten Zunahme von Dürren und Überschwemmungen zu erklären, würde nicht genügen. Die Klimaerwärmung führt besonders dann zu verheerenden humanitären Notlagen, wenn starke Wetterereignisse eine Bevölkerung treffen, welche unter extremer Armut leidet und sich daher nicht an die Veränderungen anpassen kann. Ohne wirkungsvolle Armutsbekämpfung wird es den Gesellschaften im Sahel nicht gelingen, den Folgen des Klimawandels erfolgversprechend zu begegnen. Armut verhindert eine bessere Vorsorge: Es fehlt an Vorratshaltung und landwirtschaftlichem Management, an Beschäftigung und Geld, um Lebensmittel in Krisenzeiten zu kaufen.

Die Länder des Sahels gehören zu den ärmsten der Welt, ein Drittel der Bevölkerung in Niger und im Tschad sind chronisch unterernährt. Alle Sahel-Staaten gehören zur UNO-Kategorie der «am wenigsten entwickelten Länder», der Gruppe der 49 ärmsten, strukturschwächsten, durch grosse Bildungs- und Gesundheitsdefizite gekennzeichneten Länder. Auf dem aktuellen UNO-Index der Menschlichen Entwicklung HDI sind die meisten Sahelländer auf den letzten Positionen der 186 Staaten umfassenden Rangliste zu finden. Zwischen 40 und 80 Prozent der Bevölkerung sind von starker Armut betroffen.

Ohne wirkungsvolle Armutsbekämpfung wird es den Gesellschaften im Sahel nicht gelingen, den Folgen des Klimawandels erfolgversprechend zu begegnen.

Die Ursachen der Armut sind vielfältig. So sind innerhalb der einzelnen Länder Einkommen und Besitz sehr ungleich verteilt, in Senegal beispielsweise sind über 50 Prozent der Bevölkerung von starker Armut betroffen, obwohl das Durchschnittseinkommen bei 1650 USD liegt. Die Ursachen reichen von einseitiger Abhängigkeit von einzelnen Rohstoffen bis hin zu Land Grabbing der fruchtbaren Böden und zur Spekulation mit Lebensmitteln. Am einen Ort bleiben die Ernten wegen der Dürre aus, andernorts sind genügend Nahrungsmittel vorhanden, doch die Preise so hoch, dass die arme Bevölkerung sich nichts kaufen kann.

Das Krisenjahr 2012 im Westsahel

Die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Ursachen von humanitären Krisen lässt sich am Beispiel des Krisenjahrs 2012 im Westsahel zeigen: 2012 regnete es vielerorts kaum, viele Flüsse führten nur sehr wenig Wasser. Wegen der geringen Niederschlagsmengen während der letzten Regenzeit 2011 war die Ernte entsprechend gering ausgefallen. Durch die lokale Verknappung der Nahrungsmittel stiegen die Preise drastisch an. Die Steigerung der Weltmarktpreise für viele Lebensmittel verstärkte diese negative Entwicklung noch. Die Hunger- und Krisenmigration hatte begonnen, Menschen verliessen ihre Dörfer, ihr Land

Armutsrelevante Indikatoren der Sahelländer

Land	HDI 2013	Gesamtbevölkerung in Mio.	Bevölkerungsanteil in starker Armut	Durchschnittseinkommen pro Kopf/Jahr in USD	Lebenserwartung bei Geburt	Kindersterblichkeit, pro 1000 Geburten	Einschulungsquote Sekundarstufe
Niger	186	16.3	82 % (2006)	701	55.1	125	13 %
Tschad	184	11.0	k.A.	1258	49.9	169	26 %
Burkina Faso	183	17.3	66 % (2010)	1202	55.9	146	23 %
Mali	182	15.5	68 % (2006)	853	51.9	176	39 %
Eritrea	181	6.1	k.A.	531	62.0	68	32 %
Äthiopien	173	91.2	71 % (2011)	1017	59.7	77	36 %
Sudan	171	34.2	k.A.	1848	61.8	86	39 %
Mauretanien	155	3.4	41 % (2007)	2174	58.9	112	24 %
Senegal	154	13.0	53 % (2011)	1653	59.6	65	37 %

Quelle: UNDP, Human Development Report 2013

und ihre Herden. Das Vieh fand wegen der Dürre nicht mehr ausreichend Futter, Tiere starben in grosser Zahl. Der Verkauf der Tiere brachte wenig, die Preise waren ins Bodenlose gesunken. Dass dies nicht zwingend hätte geschehen müssen, zeigt ein Blick auf die Caritas-Schwerpunktländer Mali und Tschad:

Mali: Knapp vier Prozent der Landesfläche Malis sind als Ackerland nutzbar, dennoch arbeiten etwa 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Dies verdeutlicht die Risiken im Fall von Ernteausschlägen durch Dürren oder Überschwemmungen. Dort, wo Überflutungs-, Bewässerungs- oder Regenfeldbau möglich ist, also im Süden des Landes sowie entlang der Flüsse Niger und Senegal, können die Erträge sehr hoch sein. Dort werden aber in erster Linie Erdnüsse, Mais, Sorghum, Baumwolle und andere Exportgüter angebaut. Im niederschlagsarmen Norden sind die Bauern stark von den Niederschlagsmengen während der Regenzeit abhängig. Doch regnet es zunehmend kürzer und weniger, manchmal nur eine oder zwei Stunden pro Tag. Und wenn es dann doch einmal mehr Regen gibt, kommt er nicht als regelmässiger Landregen, sondern wie aus Kübeln gegossen, dergestalt, dass die Fluten von den ausgetrockneten Böden abgewiesen werden und es zu bedrohlichen Überschwemmungen kommt. Unter diesen Umständen konnten die Ernten nicht ausreichen.

Während im Norden die Kleinbauern unproduktives Land bebauen müssen und in ihrer Existenz schnell bedroht sind, wenn der spärliche Regen ausbleibt, wird das fruchtbare Land im Süden von der Regierung an ausländische Unternehmen verkauft, mit der offiziellen Begründung, dies trage zur Entwicklung des Landes bei. Gemäss dem renommierten Oakland-Institute kommt es in Mali, wie in den meisten Sahelländern, im grossen Stil zu solchem Land Grabbing: Bis anhin gingen 550 000 Hektar fruchtbares Agrarland in der halb-autonomen Zone «Office du Niger», dem grössten Bewässerungsprojekt im südwestlichen Niger-Binnendelta in Mali, an Unternehmen aus Frankreich, Grossbritannien, Saudi-Arabien, Libyen, China und den USA, aber auch an verschiedene westafrikanische Firmen. Nach Aussagen von Bauern wurden bisher sogar gegen 900 000 Hektar enteignet. In erster Linie dient das Land dem Anbau für Agrotreibstoffe sowie der Ernährungssicherheit von Inves-

Die agrarindustrielle Bewirtschaftung führt zu massiven ökologischen Schäden wie die Senkung des Grundwasserspiegels.

titionsländern wie Libyen und Saudi-Arabien. Der Verkauf geschieht in geheimen Verhandlungen, die Pachtzinsen bzw. Kaufpreise sind sehr tief, die Regierung gewährt jahrzehntelange Steuernachlässe und nicht kostendeckende Wassergebühren, ohne die lokale Bevölkerung zu konsultieren oder Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen durchzuführen. In den betroffenen Gebieten kam es zu Vertreibungen ganzer Dörfer und zum Durchzugsverbot für mobile Viehhirten – und somit zur Zuspitzung der Ernährungslage, zur Zerstörung lokaler (Subsistenz-) Strukturen und zu erzwungener Migration. Zudem führt die agrarindustrielle Bewirtschaftung zu massiven ökologischen Schäden wie Biodiversitätsverlust und Senkung der Fluss- und Grundwasserspiegel («Water Grabbing»). Die benötigte Wassermenge für die Landbewässerung wird sich, wenn die Investitionspläne einmal umgesetzt

sind, im Vergleich mit der bisherigen Wassermenge für Bewässerung verdoppeln. Dies hätte für die über 100 Millionen Menschen im Niger, in Benin und Nigeria, die stromabwärts als Bauern und Fischer auf das Flusswasser angewiesen sind, katastrophale Konsequenzen.

Mittlerweile sind im Office du Niger über 100 000 Hektaren bewässert. Die Regionalverwaltung geht davon aus, dereinst 1 bis 2 Millionen Hektaren zu bewässern.

Tschad: 80 Prozent der Bevölkerung des Tschads leben in absoluter Armut, auf dem Land sind es fast 90 Prozent. Weil die Menschen fast ausschliesslich von Subsistenzwirtschaft leben, ist die Anfälligkeit bei Ernteausschlägen durch Dürren oder Überschwemmungen besonders hoch. 2012 waren die Ernteerträge aufgrund der anhaltenden Dürre um etwa 40 Prozent niedriger als im Fünfjahresmittel. Normalerweise fallen in der tschadischen Sahelzone während der Regenzeit knapp 300 Milliliter Regen, 2011 aber blieb der Regen aus. Im April 2012 war jede siebte Person akut unterernährt. Vielerorts verliessen die Männer ihre Dörfer, um in der Hauptstadt als Tagelöhner zu arbeiten und etwas Geld nach Hause zu schicken – allerdings mit geringer Aussicht auf Erfolg. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mais oder Sorghumhirse verdoppelten sich innert Jahresfrist, das wenige Geld reicht bei weitem nicht aus, die Familien auf dem Land zu ernähren. Menschen litten Hunger neben vollen Getreidespeichern, die sich im Besitz von Händlern befinden, weil sie kein Geld hatten, Essen zu kaufen.

Gleichzeitig würde der Tschad aber über genügend Einnahmen verfügen, um in eine nachhaltige Entwicklung zu investieren, welche auch den Folgen der Klimaerwärmung Rechnung trägt: Denn seit 2003 fördert und exportiert der Tschad Erdöl. Die Regierung akzeptierte zunächst eine Bedingung der Weltbank, wonach Investitionen in soziale Sicherheit und Infrastruktur Priorität haben und 10% der Erdöleinnahmen in einen Fonds für zukünftige Generationen fließen sollten. Dies hätte nach Schätzungen bis 2023 Einnahmen von rund 1,6 Milliarden Euro ergeben. Die Vereinbarung mit der Weltbank kündigte die Regierung Ende 2005 jedoch auf; sie wollte verstärkt den Beamtenapparat finanzieren und Waffen kaufen. Die Abwendung von der Weltbank war möglich, weil China, welches das Öl dringend benötigt, Rückendeckung gab. 2007 unterzeichnete die China National Petroleum Corporation CNPC mit der Regierung des Tschads ein Joint-Venture für eine Erdöl-Raffinerie. Das Arrangement ist ganz im Interesse von Präsident Déby: Da die CNPC nichts von Transparenz hält, kann er die Erdölmilliarden nach eigenem Gutdünken verwenden. Mittlerweile ist auch der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore an der Erschließung von Erdölfeldern beteiligt. Im Zuge der Erdölförderung wurden Bauern in den betroffenen Gebieten von Anfang an enteignet oder vertrieben. Fazit: Nicht der Tschad ist arm, sondern der Grossteil seiner Bevölkerung. Anpassungen an die klimabedingten Veränderungen wären möglich und finanzierbar, doch die Regierung setzte andere Prioritäten. 2012 erklärte der tschadische Staat sich auf internationalem Druck hin bereit, umgerechnet rund 2 Millionen Franken aus den Erdöleinnahmen in die Entwicklung der Erdölregionen für den Bau von Brunnen sowie für Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur zu investieren.

In Äthiopien führten die Erosion und die Folgen einer verfehlten Politik immer wieder zu Missernten und Hungersnöten.

Hungerkrisen in Äthiopien

In den letzten 30 Jahren sind in Äthiopien schätzungsweise 2 Millionen Menschen verhungert. Dies hat nicht nur mit der kargen und niederschlagsarmen Region zu tun. Denn neben den Dürren führten zum einen die Erosion und zum anderen die Folgen einer verfehlten Politik immer wieder zu Missernten, Viehsterben und Hungersnöten. Auch wenn einmal keine Dürre herrscht, stirbt jedes dritte Kind an Unterernährung, bevor es fünf Jahre alt wird. Eine medizinische Versorgung ist in entlegenen Gebieten des Landes so gut wie nicht vorhanden. 80 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt, grösstenteils als Subsistenzlandwirtschaft mit Regenbewässerung. Die Produktion ist nicht ausreichend, Äthiopien muss grosse Mengen Getreide einführen – wie 2011, als eine Dürre am Horn von Afrika alleine in Äthiopien knapp fünf Millionen Menschen bedrohte.

Eine gesicherte landwirtschaftliche Produktion wird strukturell durch eine mangelnde Bodenreform und den geringen Grad der Bewässerung trotz vorhandener Flüsse und Seen verhindert. In einer solchen Situation haben die immer häufiger auftretenden Dürren dramatische humanitäre Krisen zur Folge. Verschärft werden die Krisen durch innerstaatliche Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sesshafte Bauern und nomadisierende Viehzüchter treffen im Streit um Wasser und Weideland aufeinander, obwohl Äthiopien über ausreichend Wasser verfügt. Solche Konflikte sowie politische Fehlentscheidungen und Missmanagement haben die wirtschaftliche Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Hinzu kommt, wie andernorts auch, eine aggressive Land-Grabbing-Strategie der Regierung: Riesige fruchtbare Landflächen werden an internationale staatliche und private Investoren verkauft, um Devisen einzunehmen. Die Bauern müssen dann als landlose Arbeiter zu Hungerlöhnen bei den internationalen Agrarbetrieben anheuern. Die gezahlten Löhne reichen nicht annähernd, um die Familien zu ernähren: Die Spirale von Armut und damit zunehmender Verletzlichkeit bei Dürren setzt sich fort.

Umgang mit dem Klimawandel

Dürren und Überschwemmungen lösen humanitäre Krisen aus. Daher muss zuallererst die Resilienz der ländlichen Bevölkerung, das heisst ihre Fähigkeit, mit den klimatischen Veränderungen umzugehen, die Auswirkungen von Katastrophen zu mindern und Krisensituationen selbständig zu überwinden, gesteigert werden. Dafür sind Beratungsangebote und direkte Investitionen nötig, es braucht aber vor allem auch Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wenn Regierungen sich nicht für eine nachhaltige ländliche Entwicklung zu engagieren bereit sind und in Kauf nehmen, dass Kleinbauern und -bäuerinnen von ihrem Land vertrieben und ihnen die Lebensgrundlage genommen wird, kann die lokale Bevölkerung auch nicht in die Verbesserung ihrer lokalen Situation investieren.

Ein Bericht des UN-Generalsekretärs zur Situation im Sahel

von Juni 2013 zuhanden des Sicherheitsrats verdeutlicht dies. Isolierte politische Bemühungen können keinen dauerhaften Erfolg haben, was auch für Anpassungsmassnahmen an die klimabedingten Veränderungen gilt. Vielfach fehlt es den Regierungen an der Bereitschaft, der Ernährungssicherheit, Beschäftigung und sozialen Sicherung der armen Bevölkerung oberste Priorität einzuräumen. Der UN-Bericht legt eine integrale regionale Strategie vor, welche über die nationalen Grenzen hinausgeht und

Zuallererst muss die Resilienz der ländlichen Bevölkerung, das heisst ihre Fähigkeit, mit den klimatischen Veränderungen umzugehen und die Auswirkungen von Katastrophen zu mindern, gesteigert werden.

auf verschiedenen Ebenen ansetzt: Zu den Hauptzielsetzungen gehören die Verbesserung der Regierungsführung auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene, der Ausbau von Sicherheitsmechanismen, um grenzüberschreitenden Bedrohungen zu begegnen, die Armutsbekämpfung und die Stärkung der Resilienz auf allen Ebenen. Dies umfasst notwendige Anpassungen an den Klimawandel ebenso wie die Stärkung nachhaltiger Lebensgrundlagen und den Ausbau effektiver sozialer Dienstleistungen. Spezielles Augenmerk soll auf das Management der natürlichen Ressourcen, insbesondere von Wasser, gelegt werden.

Angesichts der zunehmenden Wetterkapriolen ist Katastrophenprävention auf lokaler Ebene dringend notwendig. Sie verspricht auch Erfolg, wie zahlreiche Entwicklungsprojekte belegen: Zisternen und andere Anlagen zur Wasserrückhaltung können während der

Regenperioden aufgefüllt werden; damit wird der Grundwasserspiegel nicht durch unnötige Brunnenbohrungen gefährdet. Dämme und Rückhaltebecken können sowohl als Schutz vor Hochwasser als auch als Wasserreservoir in Dürrephasen genutzt werden. Ausserdem können beispielsweise dörfliche Getreidespeicher, Erosionsschutz, Flussbettverbauungen, Wiederaufforstung, dürreresistentes Saatgut, Frühwarnsysteme oder Gemüsegärten der Katastrophenprävention dienen.

Caritas-Engagement im Sahel

Caritas Schweiz verfolgt in ihren Projekten in Sahelländern diese Schwerpunkte seit langem, in Mali und im Tschad ebenso wie in Äthiopien. Sie setzt dabei neben der notwendigen humanitären Hilfe auf Anpassungsinitiativen an die Folgen der Klimaerwärmung. Diese sind im übergeordneten Ziel eingebettet, die Ernährungssicherheit der armen Bevölkerung zu verbessern und deren Einkommen zu fördern. Es geht um:

Management der natürlichen Ressourcen

Caritas Schweiz unterstützt Bäuerinnen und Bauern ebenso wie Viehzüchterinnen und -züchter darin, die vorhandenen Ressourcen (Boden, Wasser, Wald) nachhaltig zu nutzen, und ergreift Massnahmen, um ihre Resilienz zu erhöhen (Erosionsschutz, verbesserte Anbautechniken, Nutzungskonventionen, Bodenrecht).

Ernährungssicherheit und Einkommensförderung

Caritas Schweiz trägt in verschiedener Form zur Verbesserung der Ernährungssituation und des Einkommens von Produzenten-Gruppen bei: Zugang zu Wasser, Diversifizierung der Produktion, bewässerter Gartenbau, Aufbau von Wertschöpfungsketten für den lokalen und subregionalen Markt (zum Beispiel Erdnüsse, Sesam, Zwiebeln, Kleinvieh, Honig), Aufbau von Kleinunternehmen mit rechtlicher Anerkennung und Professionalisierung von Mikrokredit- und Sparkassensystemen.

Prävention

Caritas Schweiz fördert die Bemühungen der Bevölkerung zur Prävention vor kommenden Katastrophen, zum Beispiel mittels Getreidespeichern, Prävention gegen Heuschreckenplagen, Frühwarnsystemen.

Humanitäre Hilfe

Caritas Schweiz unterstützt bei Bedarf besonders verletzte Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kindern, alte Menschen oder Vertriebene und stellt für Kleinbauern-Familien die Rehabilitation in der Landwirtschaft sicher. So wird verhindert, dass sich Versorgungslücken weiter zuspitzen und falsche Abhängigkeiten entstehen. Zudem leistet sie bei grösseren humanitären Krisen Nahrungsmittelhilfe.

Beispiele: In der äthiopischen Region Tigray ermöglicht der Bau von Brunnen und Zisternen sowie eines Damms zum Auffangen des Flutwassers bewässerten Gartenbau. In Mali können dank des Baus von Rückhaltedämmen verschiedene Gemüsesorten kultiviert und teilweise vermarktet werden. In Mali passen sich Bauernfamilien mit neuen Anbautechniken den klimatischen Veränderungen an und erhöhen dabei ihre Produktion für den Markt, zum Beispiel von Honig. Gleichzeitig stellen sie so ihre Ernährung sicher. Im Tschad erhalten Bauernfamilien Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Produktion unter Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen.

Antworten von Caritas

Die Klimaerwärmung hat verstärkte Dürren und Überschwemmungen zur Folge und trägt so zu humanitären Krisen bei. Die strukturellen Ursachen dieser Krisen gehen aber wie oben ausgeführt weit darüber hinaus. Um diesen zu begegnen, braucht es verschiedene Interventionen. Sieben solche Handlungsfelder lassen sich benennen, bei denen staatliche ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen gefordert sind:

1. Humanitär helfen.

Bei klimabedingten Katastrophen wie Fluten, Dürren und Stürmen und daraus resultierenden Fluchtbewegungen und Hungersnöten braucht es zunächst einmal humanitäre Hilfe: neben der Nothilfe vor allem auch eine schrittweise Wiederaufbauarbeit.

2. Risiken minimieren und Krisenreaktionsfähigkeit steigern.

Alle Akteure sind gefordert, ihre Fähigkeiten zu steigern, klimabezogene Risiken vorherzusehen und sich auf diese vorzubereiten. Dazu gehören Gefährdungsanalysen, Frühwarnsysteme, Investitionen in die Logistik und partizipative, eigenverantwortliche Organisationsstrukturen. Für die Ernährungssicherheit in Trockenperioden braucht es beispielsweise Getreidespeicher und Saatgutbanken.

3. Sich an Veränderungen anpassen.

Um die Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu verbessern, müssen die Existenzgrundlagen gefährdeter Menschen geschützt werden. Sie sollen sich gegen die Folgen des Klimawandels wappnen und ihr Einkommen fördern können. Dafür braucht es auch ein Boden- und Wasserrecht im Interesse der lokalen Bevölkerung. Land Grabbing, also der Verkauf von fruchtbarem Land an internationale Unternehmen auf Kosten der lokalen Bevölkerung, gilt es zu verhindern. Gleichzeitig braucht es Instrumente, um die Wertschöpfung innerhalb der Sahel-Länder zu fördern und die lokale und nationale Vermarktung von landwirtschaftlichen und Handwerkprodukten nach fairen Handelsprinzipien zu organisieren.

4. Zur Minderung des Klimawandels beitragen.

Es ist unerlässlich, auf lokaler wie regionaler Ebene Anstrengungen zur Minderung des CO₂-Ausstosses zu unternehmen, welche gleichzeitig zur Ernährungssicherheit beitragen. Dazu gehören beispielsweise Projekte zur Aufforstung, aber auch die Einführung und Verwendung von innovativen Technologien wie energiesparende Heizöfen und solarbetriebene Wasserpumpen.

5. Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

Unternehmen sind gehalten, in ländlichen Regionen in Betriebe zu investieren, die den veränderten Rahmenbedingungen angepasst sind. Im Interesse einer möglichst breiten und tiefgreifenden Wirkung ist bei der Schaffung von Arbeitsplätzen darauf zu achten, dass es sich um produktive Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer und Frauen handelt und dass vor allem in Branchen mit einem hohen Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften und nicht in kapitalintensive Exportindustrien investiert wird.

6. Soziale Sicherheit aufbauen.

Die Unberechenbarkeit der klimabedingten Veränderungen ruft nach neuen Formen sozialer Sicherung, welche nicht auf traditionelle Sicherheitsvorstellungen fussen. Es geht um von lokalen Gegebenheiten unabhängige, angepasste soziale Sicherungssysteme.

7. Zivilgesellschaftliche Strukturen stärken.

Schliesslich braucht es für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung zugunsten der ganzen Bevölkerung eine starke Zivilgesellschaft als Gegenpart zu staatlichen Akteuren. Sie kann gleichzeitig die Einhaltung der Prinzipien einer guten Regierungsführung einfordern und beobachten.

Autor: Geert van Dok, Fachstelle Entwicklungspolitik,
gvandok@caritas.ch, 041 419 23 95.

Dieses Positionspapier steht unter
www.caritas.ch/positionspapiere zum Download bereit

Wir helfen Menschen.

Löwenstrasse 3
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
Telefax: +41 41 419 24 24
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
Postkonto: 60-7000-4
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116

